



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 16. Januar 2025
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 77. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 15. Januar 2025, 14:00 Uhr
in Sitzungszimmer 342/342a des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

- 1. Bericht der Landesregierung zu Presseberichten vom 8. und 9. Januar 2025 über den Vorwurf der Körperverletzung im Amt gegen zwei Kieler Polizeibeamte anlässlich der Durchsuchung einer Person im Januar 2023 in Kiel**
Berichts Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)
[Umdruck 20/4238](#)

Innenministerin, Polizei und Staatsanwaltschaft Kiel berichten, eine Aussprache folgt.
- 2. Bericht der Landesregierung über Maßnahmen hinsichtlich der künftigen Unterbringung von Landesunterkunft, Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge, Justizvollzugsschule und Katastrophenschutzzentrum im Falle der Reaktivierung der Rantzau-Kaserne als Bundeswehr-Standort**
Berichts Antrag der Abgeordneten Niclas Dürbrook, Serpil Midyatli, Marc Timmer, Beate Raudies und Dr. Kai Dolgner (SPD)
[Umdruck 20/4252](#)

Die Landesregierung berichtet, eine Aussprache folgt.
- 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften**
Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/2574](#)
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Umdruck 20/4246](#)
Änderungsantrag der Fraktion der FDP
[Umdruck 20/4254](#)

Der Ausschuss berät die Vorlage und Änderungsanträge mit einem Vertreter des Innenministeriums. Er kommt überein, am 22. Januar 2025 die Vorlage mit Landesregierung und Wissenschaftlichem Dienst zu beraten und das Lorenz-von-Stein-Institut sowie die Landesdatenschutzbeauftragte anzuhören. Er verständigt sich, dem Plenum voraussichtlich zum Januarplenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

4. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Fluchtgeschehen

Angebot der Landesregierung; in Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 24. Februar 2023 ([Drucksache 20/751](#))

Ministerin Touré berichtet zum Fluchtgeschehen sowie zur Formulierungshilfe „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes“ ([Unterrichtung 20/224](#)). Eine Aussprache schließt sich an. Der Ausschuss kommt überein, den Bericht der Landesregierung zum Fluchtgeschehen bis auf weiteres quartalsweise entgegenzunehmen.

5. Verschiedenes

Der Vorsitzende erinnert an eine von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) betreute Gruppe marokkanischer Vertreter regionaler Behörden und Agenturen, die am 18. Februar 2025 um 10 Uhr ein Gespräch mit Mitgliedern des Ausschusses führen möchte.

Schluss: 16:55 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka